

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Leipzig.
Postfach Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Dringens monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 4.50 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Anserte werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Werbeanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 155.

Dresden, Sonnabend den 6. Juli 1918.

29. Jahrg.

Die Offensive der Kriegstiraden.

Winnen Monatsfrist feiern die kriegsführenden Völker ein Jubiläum: die vierjährige Offensive der Kriegstiraden. Sie ist zwar nicht erblich, währte aber am längsten, denn da sie mit Worten, Druckschwärze und Zeitungspapier ausgedrückt wird, ist sie die billigste. Ihre Meister und strategischen Talente sind weniger bei den Mittelmächten, sondern bei unseren Gegnern zu Hause. Was die Ribot, Poincaré, Churchill, Lloyd George und Wilson in solchen Wortoffensiven gegen die Mittelmächte geleistet haben, geht so ins Abstruse, daß selbst das Kaiser angeblich wird. In den letzten Tagen haben Churchill und Wilson von neuem Gelegenheit genommen, mit Worten Kriegsgeschichte zu machen.

Der Anlaß war diesmal die Feier des amerikanischen Unabhängigkeitstages. Churchill erklärte sich, wie schon gestern gemeldet, in einer Versammlung wieder einmal für den Kampf um den entscheidenden Sieg, während Wilson das „freie Amerika“ zum souveränen Male als Hort und Retter der Welt hinstellte. Man kennt die Feiern, man kennt die Reden. Die einen Kriegsjahre des Verbandes, der auch beladene soziale Militarismus und zum Schluß das große Ziel der „Verwirklichung des Rechtes“. Wir wissen nicht, ob Wilson selber an seine Phrasen glaubt, in Deutschland glaubt niemand mehr daran. Denn was sollen alle diese schönen Reden von der Verteidigung der Willkür und der Rettung der Zivilisation, solange bei den westlichen Gegnern die Parole des Kampfes bis zum Ende, bis zur Vernichtung der Kultur, bis zum allgemeinen Trümmerhaufen aufgezogen bleibt? Und was ist immer wieder prophezeiten endgültigen militärischen Triumph der Westmächte anbelangt, so ist den Staatsmännern da drüben im Westen der Zweifel längst selbst im Reich. Kambomeres Brief und Lloyd Georges neuerliche Paraphrasen sprechen eine offenere Sprache als Churchill und Wilson. Gehen wie Drüben wird die Überzeugung immer allgemeiner, daß ein Ringen bis zur letzten Entscheidung noch Jahre dauern müßte und daß der Ausgang immer unübersehbarer wird. Wen will man mit solchen selbstbewußten Reden also eigentlich noch täuschen?

Auch bei uns in Deutschland hat man während des Kriegs von nationalistischen Lager aus mit großen Worten die geistige und in der Öffentlichkeit mancherlei Verwirrung anrichtet. Ehrlos hat die gegnerische Politik der Blufferei zu mehr leitenden Kreise abgelehrt; ihr haben wir letzten Jahres den verhängnisvollen U-Bootkrieg und damit die Kriegsgeschichte Amerikas zu verdanken, und wohl um den Churchill und Wilson nicht abzugeben nachzugehen, hat Herr von Capelle gestern im Reichstag erklärt, daß an dem Ende des U-Bootkriegs nicht zu zweifeln sei. Dieser Endes sollte nach alledem Prophezeiungen schon vor einem halben Jahre eingetreten sein. Herr von Capelle vermag den tatsächlichen Erfolg wieder um einiges. Wir wünschen selbstverständlich dem Kampfe unserer U-Boote viel Erfolg, aber wir glauben, daß militärische Siege und Worte der Zubericht über den Krieg nicht beenden können. Ihre chauvinistische Prophezei bemüht sich allerdings rechtlich, an Churchills und Wilsons Worte wiederum zu beweisen, daß dem Westen gegenüber die Politik der Verständigung unangebracht sei. Als ob die Staatsmänner da drüben die Nation schlechtbitt wären! Mehr als in Deutschland sind gerade in Frankreich, England und Amerika die jeweiligen Staatsmänner nichts als die jeweiligen Repräsentanten der politisch mächtigsten Strömungen, die Sprecher der öffentlichen Stimmung.

Diese öffentliche Stimmung drüben im Westen erscheint uns heute unklarer und unübersehbarer denn je. Mancherlei Auslassungen der letzten Zeit deuten darauf hin, daß sowohl in Paris wie in London der Friedensgedanke im Erstarken ist. Die Aufgabe einer klugen deutschen Politik müßte es sein, diese Friedensströmungen zu stärken. Dazu aber gehören klare Kriegszielklärungen als die, zu denen sich Berlin und Stettin bisher aufgeschlossen haben. Die Politik des Bluffs hat uns bisher vier Jahre Krieg gebracht. Wenn unsere Presse immer wieder fragt, was dagegen die Entscheidung der Reichstagsmehrheit genügt, so mag sie nachdenken. Im Ideentreife der Verständigungsresolution wurde das russische Friedensangebot. Daß dann allerdings in West-Europa aus dem Verständigungsversuch ein Friede herbeigeführt wurde — das hat auf die Friedensströmungen in England hart dämpfend gewirkt. Der Hinweis auf das Verhalten von West-Rußland gehörte bisher zu den stärksten Argumenten der westlichen Kriegshörer und ihrer Paladine Lloyd George, Churchill, Poincaré und wie sie sonst noch heißen mögen. Will man ihnen zu Rede, so ist dazu nötig eine Offensive der Wahrheit, Klarheit und Ehrlichkeit im Kriegsjahr.

Weiter werden, wie die Dinge gegenwärtig nun einmal liegen, weitere militärische Entscheidungen im Westen nötig sein. Aber um militärische Erfolge zu politischen werden zu lassen — und das ist doch schließlich das letzte Ziel der militärischen Wirksamkeit — ist es nötig, daß die deutsche Regierung der Politik des Bluffs die Politik der Klarheit und Ehrlichkeit entgegensetzt, und daß sie vor allen Dingen auf die Frage antwortet, die von westlicher Seite oft in den Vordergrund der Diskussionen gerückt worden ist: Was wird aus

Belgien? Nur mit solcher Doppeloffensive, solcher der Waffen und solcher der Wahrheit, sind die kriegsbegierigen Schönredner des Westens aus dem Sattel zu heben und matt zu legen.

Wilson's Kriegsrede.

† Reuher, 4. Juli. (Reuter.) Wilson sagte in seiner Rede am Grabe Washingtons in Mount-Vernon:

Unser Auffassung von dem großen Streite, in den wir verwickelt sind, ist folgende: Auf der einen Seite stehen die Völker der Welt, die unter der Oberhoheit bleiben, Völker vieler Nationen und aller Teile der Welt, auch Rußlands. Ihnen gegenüber steht eine kleine Gruppe feindlicher Regierungen, die keine gemeinschaftlichen Ziele vor Augen haben, sondern nur ihren eigenen selbstsüchtigen Ehrgeiz zu befriedigen suchen, während ihre Völker nur Brandstiftung in ihren Händen sind, Regierungen, die mit einer primitiven Macht bedacht sind, die aus einer Zeit stammt, die uns allen fremd und feindlich ist. Vergangenheit und Gegenwart sind in einem Kampf auf Leben und Tod verwickelt. Das Ergebnis muß endgültig sein. Wir würden keinen Vergleich, keine halbe Entscheidung dulden können. Es würde auch keine halbe Entscheidung möglich sein.

Die verbliebenen Völker kämpfen für die folgenden Ziele, die verwirklicht werden müssen, bevor Frieden werden kann: Erstens Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit. Zweitens Regelung aller Fragen, sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar dabei betroffen ist, und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteils irgendeines anderen Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbeutung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht. Drittens Einwirkung aller Völker, in ihren Verhältnissen zueinander sich von denselben Grundätzen der Ehre und der Achtung vor dem Gewohnheitsrecht der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, wie sie für die einzelnen Bürger moderner Staaten gelten, hergestellt, daß alle Versprechungen und Verträge beobachtet, daß keine Sonderabstände und Verschönerungen angefertigt werden und daß wechselseitig Vertrauen geschaffen wird auf der Basis wechselseitiger Achtung vor dem Rechte. Viertens Schaffung einer Friedensorganisation, die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung berichtigt wird und die ein Schiedsgericht einrichtet, das alle internationalen Gegenstände unterbreitet werden sollen. Diese großen Ziele sollen den einen Gedanken zusammenfassen: Die Völker nach der Herrschaft des Rechts, gegründet auf Zustimmung der Regierten und geführt durch eine organisierte Meinung der Menschheit.

Ich kann mir vorstellen, daß die Behauptung solcher Grundätze besonders gut an diesen Tag paßt. Hier begannen die Kräfte, die die große Nation, gegen die sie anfänglich gerichtet waren, zunächst als Revolte gegen ihre rechtmäßige Herrschaft betrachtete. Aber selbst hat sie darin längst einen Scheitern zur Bekräftigung ebenso des eigenen wie des amerikanischen Volkes erlitten und ich sehe jetzt hier, im vollen Stolz und mit zureichender Hoffnung von der Ausdehnung dieser Revolte, dieser Bekräftigung auf die große Weltbühne zu sprechen. Die verbliebenen Mächte haben die Kräfte des Rechts im Leben gerufen, die sie wenig konnten, die, wenn sie einmal erreicht, niemals wieder zu Boden geschlagen werden können; denn sie besitzen eine innere Kraft und einen Endzweck, die unsterblich sind und den Triumph verbleiben.

Die Börseaner im Streit.

Deutschland genießt zur Zeit das einzigartige Schauspiel eines Streiks der Börsenleute. Im allgemeinen nehmen zwar Banken und Bankiers noch Aufträge an, können aber ihre Ausführung nicht verbürgen, weil sich die gewerksmäßigen Börsenhändler zu handeln weigern; soweit aber Kurse oder festgesetzt werden, tragen sie das deutliche Merkmal der Unfähigkeit und Willkür, weil sich ein richtiger Kurs, d. h. ein Kurs, der dem ungehinderten Verhältnis von Nachfrage und Angebot entspricht, nicht bilden kann.

Der Grund zu diesem Streik der Börsenhändler, der sogenannten freien Wäcker, ist die Erhöhung des Umsatztampels auf den Kauf und Verkauf von Aktien von dreißig Pfennig auf fünf Mark. Dieser Satz soll aber nur im Verkehr zwischen Bankier und Kunden gelten. Für den Verkehr der Effektenhändler an der Börse untereinander begünstigt sich das Reichshandelsamt mit fünfzig Pfennig, um die Wäcker nicht abzuhalten, sich untereinander abzugeben, die Kurse auszugleichen und zu Kursunterstützung auszugeben, die Kurse zu erhöhen und die Kapitalisten von der Börse zu vertreiben wird. Tatsächlich ist die Unterdrückung des im Kriege läppig gewordenen Börsenhandels mit Hilfe einer hohen Umsatzsteuer ein vielfach angestrebtes Ziel.

Um die Wirkung des Börsenumsatztampels klar zu machen, empfiehlt sich wohl am besten ein Beispiel. Montark hätte notiert heute ungefähr 410 Pros., das heißt, eine Aktie kostet 4100 M. Nach dem neuen Steuerjahr hat der Kunde für den Ankauf 25 M. Stempelgebühren und dazu den halben Bankstempel, nämlich 1,25 M., zu zahlen. Für den Verkauf ebenso, d. h. die Steuerkosten allein 55 M. ausmachen, dazu noch Provision, Maklergebühr und Zinsverlust treten.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

mit. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 6. Juli 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deere Gruppe Kronprinz Rupprecht: Mehrfache Angriffversuche des Feindes westlich von Langemarck scheiterten. In dem Kampfabschnitt südlich der Somme blieb die Artillerietätigkeit tagsüber gesteigert. Am Abend lebte sie auch an der übrigen Deeregruppenfront auf.

Deere Gruppe Deutscher Kronprinz: Zwischen Aisne und Marne und südwestlich von Reims teilweise erhöhte Gefechtsintensität. Stärkere Vorstöße des Feindes gegen den Eignon-Abschnitt wurden abgewiesen. Erkundungsberichte in der Champagne.

Leutnant Halle errang seinen 20. Luftsieg.
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Je höher der Kurs eines Papiers, desto höher der Stempel und die Gefahr, mindestens die Unkosten ohne entsprechenden Nutzen tragen zu müssen.

Ob dieser Stempel zu hoch oder vielleicht gar noch zu niedrig angelegt ist, ist eine Lauffrage, über die sich die Interessenten streiten mögen. Die sozialdemokratischen Vertreter sind nicht von börsenfeindlichen Absichten geleitet gewesen, sondern sie haben jene 5% noch als die Grenze angesehen, bei der der denkbar größte Ertrag erzielt werden kann, was gerade voraussetzt, daß an der Fortdauer des Geschäftes nicht gezweifelt wird. Die Erzielung des finanziellen Optimums, des steuerlichen Höchsttrags, war immer der leitende Gedanke.

Auf der anderen Seite standen die Unabhängigen, die wahrhaft komische Kluge sind. Gerade in der letzten Zeit handelten sie lebhaftest Enttäuschung, daß die Sozialdemokratie nicht die angestrebten höchsten Sätze bei der Kriegsteuer und den Reichsbeitragssteuern habe durchdrücken können. Sie mußten dies, um von dem unzweifelhaften Erfolge der Mehrheit abzulenkten, die wenigstens eine nicht zu unterschätzende Besteuerung der erheblichen Reibekommen im Kriege durchgesetzt hat. Dabei haben dieselben Unabhängigen mit den verbissensten Börsenjobbern zusammen die neuen Steuern auf den Börsenverkehr abgelehnt, die wenigstens den Vorteil haben, den Herren Kapitalisten auf anderem Gebiete zum Bewußtsein zu bringen, was die allgemeine Umsatzsteuer den breiten Massen tagtäglich zum Bewußtsein bringt: daß zum Kriegsführen Geld, Geld und wiederum Geld gehört.

Die Unabhängigen wollen gewiß nicht der Börse gefällig sein, sondern nur von ihrer allgemeinen Abneigung gegen Verkehrssteuern keine Ausnahme machen. Aber indem sie das Prinzip ohne Rücksicht auf die Umwelt hochhalten, spielen sie tatsächlich das Spiel der Börseninteressenten.

Zu früher hat die Sozialdemokratie, ausgehend von ihrer Verwerfung aller Verbrauchs- und Verkehrssteuern, auch die Börsenumsatzsteuer abgelehnt. Aber in jenen seligen Tagen wurden „Finanzreformen“ gemacht, um einen Fehlbetrag von lumpigen 100 bis 200 Millionen Mark zu decken. Heute muß das Geld aus allen Winkeln zusammengekratzt werden, heute werden die breiten Massen mit jedem Betrage bestraft, der sich aus einem Minderertrage der Börsensteuer ergibt. Und darüber ist wohl kein Zweifel, daß die parlamentarischen Vertreter der Börseninteressenten dem Reichshandelsamt jede Steuer auf den Verbrauch der breiten Massen mit Freuden bewilligen würden.

Eine dritte Gruppe schließlich, an der Spitze der Reichsbankpräsident, möchte am liebsten die ganze Spekulation vernichten, und zwar wegen Gefährdung der Kriegsanleihezeichnung durch ihre starke Aufpeitschung der Währungsfrage. Dazu sind aber nicht Steuern da, deren erzielbarer Zweck niemals ihr erster Zweck sein kann. Auch geht es nicht an, die Gelde der Kriegsgewinnler auf Kosten der steuerlichen Ergiebigkeit vor den Schreden eines späteren Börsenkrachs zu bewahren. Der Reichshandelsamt ist fast nicht mit geldlichen Opfern rade bei der Hand; also muß auch jetzt keine Sozialpolitik zugunsten der Kriegsgewinnler betrieben werden, besonders wenn noch andre Mittel zur Verhütung einer neuen Börsenkrach vorbereitenden Kurstreibererei zur Verfügung stehen: die Aufhebung des Kurslistenverbots, das die Kritik ausschaltet oder wenigstens abschwächt, dann Bekämpfung der Kriegsgewinne der Unternehmen durch Festsetzung angemessener Preise und Eindämmung der überquellenden Kaufkraft durch starke Einkommensteuern. Die „Auswäskel“ der Börsenpekulation sind genau so reichlich einer alles überschwellenden Papiergeldfülle, wie die verfluchten Scheidhandelspreise.

Nachdem solange über die Börsensteuer gesprochen worden ist, sei wenigstens mit einigen Worten auf die Bedeutung der Börse eingegangen. Die Börse ist ein Markt, an dem Geld, Aktien und Schuldverbriefungen gehandelt werden. Da die Aktiengesellschaft heute die vorherrschende Unternehmensform ist, so ist ein Markt für den Austausch der Aktien und industriellen Schuldverbriefungen nötig. Früher wickelte die Börse auch die alte Weige im Gründungsgeschäft, da die gewerksmäßigen Effektenhändler am ehesten Wert zur Übernahme neu eingesetzter Aktien hatten. Seitdem ist diese Tätigkeit auf die Großbanken übergegangen, die auf Grund langer Erfahrungen den Wert von Unternehmen, die in Aktiengesellschaften umgewandelt werden sollen, gut zu be-

SLUB
Wir führen Wissen.
18.1.